

Allein gegen das «Gaunersyndikat»

Die SVP bläst zum Kampf – gegen Europa und vor allem gegen die Freunde Europas im Inland

Für den Wahlkampf 2019 inszeniert sich die SVP wieder einmal als Retterin der Demokratie. Parteiintern gilt das allerdings nicht. Die Basis hat weniger denn je zu sagen.

CHRISTINA NEUHAUS

Hinterhältig und staatsstreichartig reist die Classe politique aus Eigennutz und Grössenwahn die Säulen des Landes ab. Alles will sie dem «Gaunersyndikat» in der EU preisgeben: Unabhängigkeit, Demokratie, Freiheit. Der Zweck dieses landesverräterischen Tuns sei offensichtlich, sagt SVP-Vordenker Christoph Blocher: «Der Volkswille – das grosse Hindernis gegen den EU-Beitritt –, er wird umgangen, missachtet, ausgeschaltet.»

Lauter Demokratieabschaffer

Das Motto für den Wahlkampf 2019, das der neue Wahlkampfleiter Adrian Amstutz am Samstag an der SVP-Delegiertenversammlung in Klosters vorgegeben hat, lautet «Aufdecken, anpacken und ausmisten». Die SVP muss wieder einmal allein kämpfen – gegen Europa und vor allem gegen die Freunde Europas im Heimatland.

Die Freunde Europas, sie sind überall, und sie arbeiten sich langsam und stetig in Richtung Europa vor. Beispiele gefällig? Amstutz, bis vor kurzem Chef der SVP-Bundeshausfraktion, schüttelt sie nur so aus dem Ärmel: Schengen/Dublin? Mehr Kriminaltouristen und Sozialmigranten. Ausschaffungsinitiative? Nicht umgesetzt. Durchsetzungsinitiative? Statt pfefferscharfer Umsetzung milchreisemilde Gerichtsurteile. Initiative gegen Masseneinwanderung? Bis zur völligen Nichtumsetzung demontiert. Junckers Freundschafts-, sprich Rahmenvertrag? Alles Chabis. Und überhaupt: «Auch Hitler schloss mit Stalin einen Freundschaftsvertrag ab.»

Im Hinblick auf die Wahlen 2019 setzt die SVP ganz auf die Karte Europa. Zur Mobilisierung der Wählerschaft dienen ihr dabei die Begrenzungs- und die Selbstbestimmungsinitiative. Hat die Partei Glück, wird über Letztere bereits dieses Jahr abgestimmt. Von zentraler Bedeutung wird zudem die Mobilmachung



Kämpfer gegen ein institutionelles Rahmenabkommen mit der EU: Christoph Blocher nach seiner Rede in Klosters.

KEYSTONE

gegen ein institutionelles Rahmenabkommen sein, mit dem sich die politische Konkurrenz soeben anzufreunden beginnt. Christoph Blocher verknüpft den Kampf gegen einen Rahmenvertrag bewusst mit der Abstimmung über den EWR-Beitritt 1992 und beschwört dabei seinen grössten Triumph: die für ihn bis heute «wichtigste Abstimmung des 20. Jahrhunderts».

An den letzten nationalen Wahlen im Herbst 2015 erreichte die SVP unglaubliche 29,4 Prozent. Seither musste die Partei jedoch einige Niederlagen einstecken. In den kantonalen Parlamenten konnte sie ihre Position als stärkste Partei mit insgesamt 578 Sitzen zwar verteidigen. Seit Frühjahr 2016 verlor sie in den Kantonsparlamenten jedoch 11 Sitze. Gleichzeitig geht es in den Städten und zunehmend auch in den Städtchen bergab. In der Stadt Zürich, wo die SVP bis vor wenigen Jahren noch jede fünfte

Wählerstimme erhalten hatte, sackte sie Anfang März auf 13,4 Prozent ab.

An der Delegiertenversammlung war das allerdings kein Thema. Parteipräsident Albert Rösti, der sich noch vor wenigen Tagen im «Blick» ungewohnt scharf über das «zu wenig gute» SVP-Personal in den Städten beklagt hatte, erwähnte die Verluste mit keinem Wort.

«A d Seck!»

An einer Parteiversammlung der SP hätten die Anwesenden aufgemuckt. Was lief falsch? Was sollte man anders machen? Nicht so bei der SVP. Strategien, Themen und Schwerpunkte werden nicht basisdemokratisch erarbeitet, sondern von oben her vorgegeben. Erst 2016 hatte die Delegiertenversammlung das Recht erhalten, die Verantwortlichen für Strategie und Kommunikation direkt zu wählen. Das Ausscheiden

Blochers und seines Weggefährten Walter Frey aus dem Parteileitungsausschuss hat die Parteileitung nun zum Anlass genommen, diese Ämter wieder abzuschaffen. Die Delegierten können zwar die Mitglieder des Ausschusses wählen, wer intern welche Funktion übernimmt, bestimmt das Gremium jedoch weitgehend selbst.

Die Basis scheint das nicht zu stören. Blocher bleibt der Partei ja als Taktgeber erhalten. Nur das zählt. In Klosters stellte ein einziger Delegierter einen kritischen Antrag. Er beklagte die fehlende demokratische Verankerung und erinnerte daran, dass sich die SVP als Volkspartei verstehe. Seinem Antrag, die Statutenänderung zurückzuweisen, folgte jedoch nur eine Handvoll Anwesender. Das Vertrauen in die Parteispitze ist gross. Weshalb? «Die wüsse scho, was si z mache hei», sagt einer. «Si gää d Richtung vor, u mier müesse itz a d Seck.»

Bürgerliche profitieren von linkem Bruderzwist

FDP-Mann Didier Castella zieht in die Freiburger Regierung ein – die Strategie der SP ist fehlgeschlagen

Der Freiburger Regierungsrat rutscht nach rechts – auch weil die SP den zuvor grünen Sitz angriff. Damit verbleibt nur eine Frau im Kollegium.

ANTONIO FUMAGALLI, FREIBURG

Kurz nach 14 Uhr brandete am Sonntagnachmittag im Freiburger Rathaus Applaus auf, Didier Castella, der grosse Sieger des Tages, betrat den Saal. Eine gute Stunde zuvor war klageworden, dass er den Sitz der abtretenden Regierungsrätin Marie Garnier erobern wird. Die Grünen demissionierte im vergangenen Herbst, nachdem sie wegen einer möglichen Amtsheimisverletzung unter Druck geraten war.

FDP-Grossrat Castella stand im zweiten Wahlgang SP-Kandidatin Valérie Piller Carrard gegenüber. Erwartet wurde ein enges Resultat, letztlich setzte sich der frühere Kantonalpräsident mit über 56 Prozent der Stimmen aber deutlich durch. Piller Carrard gewann nur gerade in ihrem eigenen Bezirk und auch in diesem nur knapp. «Ich bin natürlich enttäuscht, habe mir aber nichts vorzuwerfen. Ich habe einen guten Wahlkampf geführt», so die 39-jährige Nationalrätin.

Die Wahlbeteiligung lag gegenüber dem ersten Wahlgang um fast 15 Pro-

zentpunkte tiefer, und der Anteil an leeren Wahlzetteln war überdurchschnittlich hoch. Das deutet darauf hin, dass vor allem linke Wähler mit der Strategie der SP haderten und entweder ein Protestvotum abgaben oder gar nicht erst an die Urne gingen. Die Freiburger Sozialdemokraten hatten sich für den ersten Wahlgang nämlich entschieden, mit Piller Carrard eine eigene Kandidatin aufzustellen, statt sich hinter die Kandidatin der Grünen – Sylvie Bonvin-Sansonens – zu stellen. Auch dank der Unterstützung des im Kanton traditionell einflussreichen Agrarsektors holte die Meisterlandwirtin im ersten Wahlgang ein überraschend gutes Ergebnis, nur 1500 Stimmen trennten sie vom Einzug in die Endausmarchung.

Welche Rolle spielte Levrat?

Das Zerwürfnis im linken Lager war damit perfekt: Aus Frust gegenüber dem Vorgehen des traditionellen Bündnispartners verweigerten die Grünen der SP im zweiten Wahlgang ihre Unterstützung, während FDP-Kandidat Castella auf den uneingeschränkten Support der bürgerlichen Parteien zählen konnte. Die Grünen sehen hinter dem SP-Manöver gar eine Strategie, die von höchster Stelle orchestriert worden sei. Demnach habe sich SP-Schweiz-Präsident Christian

Levrat, ein Freiburger, für eine SP-Kandidatur starkgemacht, weil bei der Wahl von Piller Carrard der kantonale Fraktionschef Pierre Mauron – der Schwager Levrats – in den Nationalrat nachgerutscht wäre. Der Freiburger SP-Prä-



Didier Castella
Neuer Freiburger
FDP-Regierungsrat

dent Benoit Piller dementiert solche «Verschwörungstheorien» auf Anfrage klar. Piller Carrard sagt: «Ich habe zur Genüge bewiesen, dass ich meine eigenen Entscheidungen treffen kann.»

Mit der Wahl von Didier Castella rückt der Freiburger Regierungsrat nach rechts. Den zwei SP-Vertretern stehen künftig fünf bürgerliche Mitglieder – drei von der CVP, zwei von der FDP – gegenüber. Hinzu kommt, dass mit Anne-Claude Demierre nur noch eine Frau in der Exekutive figuriert. Piller Carrard gewichtete dieses Argument im Wahlkampf stark – ohne Erfolg. Castella zeigt sich nach gewonnener

Schlacht der Problematik bewusst. Er habe gegenüber seiner eigenen Partei stets betont, dass er nicht kandidiere, wenn sich eine genügend bekannte und kompetente Frau zur Verfügung stellen würde. Er habe das Gefühl, dass es für eine Frau schwieriger sei als für einen Mann, sich in der Politik zu engagieren – über die Gründe dafür könne er auch nur mutmassen.

Doktor der Physik

Der 48-jährige Castella, der einen Physik-Dokortitel besitzt und beim Verteidigungsdepartement in einer Kaderfunktion arbeitet, übernimmt seine neue Funktion im Mai. Aller Voraussicht nach erbt er von seiner Vorgängerin das Departement der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft, Rochaden sind nur eineinhalb Jahre nach den Gesamterneuerungswahlen nicht in Sicht. Bevor er die politische Arbeit angehe, sei nach den Turbulenzen der vergangenen Monate sein erstes Ziel, im Departement eine «positive Arbeitsdynamik» aufzubauen und eine klare Linie vorzugeben, so Castella. Es sei denkbar, dass mit dem Rechtsrutsch die Grabenkämpfe zunähmen. Im Interesse des Kantons sei er aber zuversichtlich, mit der nunmehr geschwächten Linken Kompromisse zu finden.

Statistisches Jahrbuch trotz Digitalisierung

PAUL SCHNEEBERGER

Das Statistische Jahrbuch der Schweiz erscheint 2018 zum 125. Mal. Was die staatliche Statistik angeht, war die Schweiz ein Spätzügler. Während in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in vielen europäischen Staaten statistische Ämter installiert wurden, musste der schweizerische Bundesstaat zwölf Jahre alt werden, ehe er 1860 das Eidgenössische Statistische Büro schuf, aus dem das heutige Bundesamt für Statistik (BfS) hervorging. Bis dieses dann das Kompendium aus der Taufe hob, das seither – von zwei Ausnahmen abgesehen – jährlich einen Überblick über den eidgenössischen Daten-Schatz vermittelt, sollten aber noch etwas mehr als drei Jahrzehnte ins Land ziehen.

Abbild von Entwicklungen

Die erste gebundene umfassende amtliche Statistik, die sich auf die ganze Schweiz bezog und damals primär auf den Daten der Volkszählung von 1888 basierte, erschien 1891. Die eben publizierte Ausgabe 2018 enthält einen Überblick über die 127-jährige Geschichte des Statistischen Jahrbuchs, die 125 Ausgaben hervorgebracht hat. Dieser macht deutlich, wie sehr dieses nicht nur statistische Erhebungen wiedergibt, sondern auch ein Abbild wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen ist. In ihrem ersten Vierteljahrhundert gewinnt die Rubrik zum Handel und zur Finanzwirtschaft an Gewicht, während die Landwirtschaft und die Industrie knapper gefasst werden. Umfassender wird es vor allem ab den 1960er Jahren und sprengt dann auch den magischen Umfang von 500 Seiten. Seit 1992 bildet das Bundesstatistikgesetz den Rahmen für die Erhebung und Publikation von Daten durch den Staat. Seit 1999 verfügt dieser Bereich staatlichen Handelns auch über eine Verfassungsgrundlage.

Die Geschichte des Statistischen Jahrbuchs macht auch deutlich, dass die Erhebung von Daten nicht erst seit der Digitalisierung und dem Aufkommen sozialer Netzwerke eine umstrittene und sensible Angelegenheit ist: Einschnitte waren die Kriegszeit, in denen die öffentliche Vermittlung statistischer Angaben mit der Begründung reduziert wurde, kriegswichtige Daten seien geheim zu halten. Gelitten hat das Vertrauen in den Staat als neutrale Instanz bei der Datenerhebung durch die Ende der 1980er Jahre bekanntgewordene Fichierung von 900 000 Personen durch den Staatsschutz. In der Folge wurden die alle zehn Jahre stattfindenden Volkszählungen, welche die Basis auch des Statistischen Jahrbuchs bildeten, zunehmend infrage gestellt. An ihre Stelle trat 2010 ein Amalgam, bestehend aus Angaben der kantonalen und der kommunalen Einwohnerkontrollen sowie aus gezielten repräsentativen Umfragen.

Geschichtsschreibung

Bleibt in Zeiten der Digitalisierung und der elektronischen Datenbanken die Frage nach der weiteren Existenz des gebundenen Statistischen Jahrbuchs. Auch wenn das Kompendium schwer und teuer ist und nur einen Bruchteil der 80 000 Informationen wiedergeben kann, die das BfS jedes Jahr als Basis für gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Entscheidungsfindungen aufbereitet: «Der Verzicht auf eine gedruckte Ausgabe wäre dennoch unangemessen», heisst es in der Jubiläumsausgabe. Begründet wird die Aufrechterhaltung der gedruckten Version damit, dass die Frage nach der digitalen Langzeitarchivierung nicht gelöst sei.

Das Statistische Jahrbuch ist denn auch nicht als Hilfsmittel für den alltäglichen Bezug von statistischen Daten zu verstehen, die ohne spezifische Partikularinteressen erhoben und publiziert werden, sondern als «eine nach vorne gerichtete Geschichtsschreibung».

Bundesamt für Statistik (Hg.): Statistisches Jahrbuch der Schweiz 2018. 664 S., Fr. 120.–.